



## Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn SPD**

### **Afrikanische Schweinepest in Deutschland – Hilfsprogramm für bayerische Erzeugerinnen und Erzeuger entwickeln und bayernweite Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Wildschweine**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Hilfsprogramm für die bayerischen Schweinehalter zu entwickeln, um bei einem andauernden Preisverfall die Existenzsicherung unserer Betriebe sicherzustellen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, zu prüfen, in wie weit die Aufwandsentschädigung für das Erlegen von Wildschweinen von aktuell 20 Euro auf 100 Euro je Tier analog den Sätzen in den Nachbarländern zu Thüringen, Sachsen und Tschechien bayernweit angehoben werden kann.

Weiterhin wird die Staatsregierung gebeten, sich auf Bundesebene für die Möglichkeit von Regionalisierungsabkommen mit Drittstaaten stark zu machen, um so die Absatzwege wieder zu erschließen.

Die Staatsregierung wird ferner gebeten, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Auswirkungen des Auftretens der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Deutschland auf den heimischen Markt zu berichten.

#### **Begründung:**

Durch das Auffinden eines stark verwesenen und mit ASP infizierten Wildschweinkadavers im Spree-Neisse Kreis in Brandenburg, unweit der polnischen Grenze, hat die Bundesrepublik die Schweinepestfreiheit verloren.

Infolge dessen sind bestimmte Exportwege entfallen, so dass der Schweinepreis um 20 Cent auf nur noch 1,27 Euro je Kilogramm gefallen ist. Ähnlich dramatisch stellt sich die Lage bei den Ferkeln dar, deren Preis sich um 12 Euro auf nunmehr nur noch 27 Euro reduziert hat.

Viele Betriebe können diese Preisabschläge auf Dauer nicht mehr verkraften und werden in ihrer Existenz gefährdet. Aus diesem Grund ist ein Existenzsicherungsprogramm notwendig und bei Bedarf unbürokratisch anzubieten.

Ein wichtiger Baustein zur Eingrenzung und Eliminierung der Seuche ist die Regulierung der Wildschweinbestände, hier ist eine Anhebung der Aufwandsentschädigung analog des Vorgehens in den Nachbarländern Thüringens, Sachsens und Tschechiens zu prüfen.

Um Exportwege wieder zu erschließen und somit eine Entlastung des Marktes zu erreichen, erscheint es geboten, Regionalisierungsabkommen mit Drittstaaten zu vereinbaren. Ziel ist es, innerhalb Deutschlands spezifische Regionen zu definieren, die entsprechende Zertifikate ausstellen können, um die ASP-Freiheit gegenüber Drittstaaten zu garantieren.